

Protokoll

der Bürgersprechstunde von Herrn Stadtbaurat Leuer im Stadtbezirk 331-Nordstadt – am Mittwoch, 24. Februar 2016, 16:30 Uhr bis 18:25 Uhr in der Begegnungsstätte Ottenroder Straße 11 D

Nach einleitenden Worten durch Herrn Bezirksbürgermeister Pause begrüßt Herr Leuer die etwa 25 anwesenden Bürgerinnen und Bürger.

Herr Stadtbaurat Leuer bittet um Wortmeldungen.

1. Unterbringung von Flüchtlingen in der Sporthalle der Nibelungen-Realschule

Ein Anwohner kritisiert die sehr kurzfristig getroffene Maßnahme und die Information der Anwohner erst nach dem Beschluss der Verwaltung. Er sorgt sich um die Zukunft des Wohngebiets und verweist dazu auf die Zustände um die LAB in Kralenriede. Er bittet um Auskunft zu den Schutzmaßnahmen für die Sicherheit und das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger.

Herr Stadtbaurat Leuer verweist auf die Verpflichtung der Stadt Braunschweig, die zugewiesenen Flüchtlinge aufzunehmen und kurzfristig unterzubringen. Dabei stellte sich die Frage, wie die Stadt Braunschweig die Aufgabe sozialverträglich umsetzen kann. Im Ergebnis wurde ein dezentrales Unterbringungskonzept mit 15 Standorten über das Stadtgebiet verteilt beschlossen. Die Nutzung dieser Standorte ist für die Dauer des Asylverfahrens vorgesehen. Erste Ausschreibungen zum Bau der Unterkünfte sind in Arbeit. Die Dauer der Umsetzung hängt auch von den Baufirmen ab.

Daher sind bis Ende 2016 Übergangsregelungen notwendig, wobei hauptsächlich Sporthallen, aber auch einzelne private Immobilien genutzt werden. Die Dauer der Inanspruchnahme der Sporthallen ist ungewiss, da heute niemand vorhersehen kann, wann wie viele Flüchtlinge zugewiesen werden.

Hinsichtlich der Sicherheit verweist Herr Stadtbaurat Leuer auf die Sicherheitsdienst und die Hausmeister vor Ort.

Herr Klockgether ergänzt, die Sporthalle Nibelungen-Realschule ist die 4. Sporthalle, die die Stadt Braunschweig für die Unterbringung von Flüchtlingen in Anspruch nimmt.

Sporthallen seien für kurzfristige Unterbringungen gut geeignet, weil sie in städtischem Eigentum stehen, für die Aufgabe gut ausgestattet seien sowie eine größere Anzahl von Menschen beherbergen könnten.

Vor Ort werden rund um die Uhr insgesamt 4 Sicherheitskräfte für die Einhaltung der Sicherheit und Ordnung sorgen. Außerdem stehen ein Hausmeister, eine Verwaltungskraft sowie ein sozialpädagogischer Mitarbeiter vor Ort zur Verfügung.

Die bisherigen Erfahrungen in der Naumburgstraße seien bemerkenswert gut.

In der letzten Woche gab es zu dem Thema einen Elternabend in der Nibelungen-Realschule. Es werde nun geprüft, ob auch auf dem Schulhof Sicherheitskräfte patrouillieren sollen.

An der Sporthalle wird direkt am Gebäude ein blickdichter Zaun errichtet. Die Sporthalle wird nur von Südosten zugänglich sein.

Herr Klockgether verweist auch darauf, dass die dort zugewiesenen Flüchtlinge in der Sporthalle verbleiben, bis die Unterkünfte fertig gestellt seien. Die Flüchtlinge werden nicht im Stadtgebiet herumgereicht. Dadurch kennt man sich schnell, was das gegenseitige Vertrauen erhöht. Ein Vergleich mit der LAB ist daher nicht möglich. Dort gibt es auch einen viel geringeren Personalschlüssel für die Betreuung der Flüchtlinge. Außerdem sei es ein Unterschied, ob 190 oder im Maximum 5.500 Menschen vor Ort auf engem Raum zusammen leben.

Eine Anwohnerin weist auf die hohen Temperaturen in der Sporthalle im Sommer hin und sorgt sich daher um ihre Nachtruhe, da sie davon ausgeht, dass die Menschen sich nachts lieber vor dem Gebäude aufhalten.

Herr Klockgether kann aufgrund der erst im Januar begonnenen Unterbringung über keine Erfahrungen für die Sommermonate berichten. Das vor Ort befindliche Personal werde aber für die Einhaltung der Nachtruhe sorgen. Außerdem würden Telefonnummern für mögliche Beschwerden veröffentlicht.

Ein weiterer Anwohner fragt nach, warum die ursprünglich vorgesehene Sporthalle in der Isoldestraße nicht in Anspruch genommen wurde.

Herr Klockgether geht auf die Auswahlkriterien wie u.a. die Effizienz und die mögliche Trennung vom Schulbetrieb ein. Dies habe zur Inanspruchnahme der Nibelungen-Sporthalle geführt.

Eine Bürgerin fragt nach der Sicherheit im benachbarten Hauptschulgarten und äußert ihre Angst vor Pöbeleien.

Herr Klockgether berichtet, dass sich die Flüchtlinge im Stadtgebiet frei bewegen dürften. Eine ständige Überwachung aller städtischen Flächen sei nicht möglich.

Eine Bürgerin fragt nach der Versorgung der Flüchtlinge in der Sporthalle.

Laut Herrn Klockgether wird das Essensangebot über einen Caterer gewährleistet. Zur medizinischen Versorgung kommt zwei Mal die Woche ein ansässiger Hausarzt in die Sporthalle zur Untersuchung der Flüchtlinge. Sofern notwendig, wird dieser die Menschen an Fachärzte oder andere Gesundheitsdienste im Stadtgebiet weiterleiten.

Ein Bürger fragt nach einer Internet-Plattform der Stadt Braunschweig, auf der sich interessierte Bürgerinnen und Bürger zur Unterstützung der Hilfsangebote melden und informieren können.

Herr Klockgether berichtet über die anstehende Einstellung eines Koordinators für die bestehenden und zukünftigen Netzwerke. Außerdem könnten sich Interessierte direkt an die DRK-Kaufbar oder die Freiwilligenagentur wenden.

2. Planung und Bau der Stadtstraße Nord

Anwohner des Weinbergweg kritisieren den geplanten Trassenverlauf der neuen Stadtstraße Nord und sprechen sich für die Variante mit der Verbreiterung des Weinbergwegs aus. Außerdem wird kritisiert, dass sie nun zum zweiten Mal Erschließungsbeiträge zahlen sollen, obwohl sie doch nur Nachteile durch die neue Straße hätten.

Herr Stadtbaurat Leuer geht auf die intensive Untersuchung der verschiedenen Varianten mit ihren unterschiedlichen Lösungsansätzen ein. Auch die betroffenen Anlieger seien sehr stark in die Entscheidungsfindung eingebunden worden.

Die Varianten wurden schließlich mit einem klaren Ergebnis für die nun vorgeschlagene Trassenführung bewertet. Der Straßenquerschnitt sei nach der errechneten Verkehrsbelastung ermittelt worden.

Durch die Einstufung als Kreisstraße mit einer übergeordneten Funktion seien die Anliegerbeiträge erheblich reduziert worden. Aufgrund der Gesetzeslage sei die Stadt Braunschweig verpflichtet, Straßenausbaubeiträge zu erheben.

Im Übrigen wurde schon im Rahmenplan für die Entwicklung der neuen Baugebiete mit den heutigen Verkehrszahlen gerechnet. Auch die Entlastung der Siegfriedstraße wurde bereits damals festgelegt.

Herr Stadtbaurat Leuer geht auf die Vorteile der neuen Stadtstraße ein. Sie habe den Vorteil für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt, dass nur mit ihr das Nördliche Ringgebiet erschlossen werden könne und somit ein Beitrag gegen die Wohnungsknappheit in der Stadt Braunschweig geleistet werde. Außerdem zahle die Erschließungsgesellschaft die Kosten für die Straßen innerhalb des Baugebiets. Die notwendige Erschließungsfunktion sei bei den Beiträgen in Abzug gebracht worden.

Ein Bürger fragt nach einem möglichen Verbot des LKW-Verkehrs auf der neuen Straße. Dieser könne doch weiterhin über die Siegfriedstraße geführt werden.

Herr Stadtbaurat Leuer antwortet dazu, das neue Verkehrsnetz biete eine gute Verteilung des Verkehrsaufkommens, auch für die örtlichen Gewerbetreibenden, an.

Herr Pottgießer ergänzt, die Straße könne wegen des zukünftigen Busverkehrs nicht schmaler als 6,50 m gebaut werden. Damit könnten auch LKW sich begegnen. Der LKW-Verkehr auf der Siegfriedstraße mache bisher 3 % des Verkehrs von 9.700 Fahrten pro Tag aus. Der LKW-Verkehr würde sich zukünftig auf beide Straßen verteilen.

Herr Pottgießer erinnert daran, dass der Rat der Stadt Braunschweig der Verwaltung den Auftrag erteilt habe, die Siegfriedstraße um 5.000 Fahrzeuge am Tag zu entlasten. Diesem Auftrag sei die Verwaltung nachgekommen.

Im Übrigen könne die Straße insgesamt nicht schmaler gebaut werden, um auch den Ansprüchen der Radfahrer, der Fußgänger sowie des ruhenden Verkehrs zu entsprechen.

Eine Anliegerin fragt nochmals nach, warum der Weinbergweg nicht für die neue Trasse (geradeaus über die Wodanstraße) genutzt werde.

Herr Pottgießer geht erneut auf die vielen zugrunde gelegten Einzelkriterien zur Auswahl der besten Variante ein. An der Bewertung waren 15 Personen aus den verschiedensten Bereichen beteiligt. Dadurch sei es zu der nun vorgeschlagenen Trassenführung gekommen.

Eine Bürgerin fragt nach der Anbindung zwischen altem Wohnungsbestand und der neuen Siedlungen und der vorgesehenen Nahversorgung.

Herr Stadtbaurat Leuer vergleicht die neue Straße mit der Kastanienallee (ohne Radweg), die bei vergleichbarem Verkehrsaufkommen gute Querungsmöglichkeiten biete. Dies werde daher auch für die neue Stadtstraße erwartet.

Im Neubaugebiet seien kleinflächige Gewerbeflächen vorgesehen. Das Angebot eines Supermarkts werde weiterhin von der Hamburger Straße abgedeckt.

Ein Bürger fragt nach Planungen, die Stadtstraße Nord später bis nach Querum weiter zu führen.

Herr Stadtbaurat Leuer betont, solche Überlegungen gebe es in der Verwaltung nicht. Die zukünftige Kreuzung mit dem Bienroder Weg sei leistungsfähig genug, den Verkehr abzuwickeln, wobei dafür eine Lichtsignalanlage notwendig sei.

Ein Bürger fragt nach Gegengutachten neben dem Gutachten des WVI für die Stadtstraße Nord.

Herr Pottgießer verweist auf die profunden Kenntnisse des Instituts bezogen auf das Stadtgebiet der Stadt Braunschweig.

3. Realmarkt an der Hamburger Straße

Ein Bürger fragt nach der Zukunft des heutigen Real-Marktes an der Hamburger Straße.

Herr Mollerus kann keine Aussage zu der Zukunft des Marktes machen. Die Verwaltung sehe aber auch die Schwierigkeiten des Standortes. Für eine Nachnutzung des Geländes sehe er aber gute Möglichkeiten anderer Art. Derzeit könne man aber dazu keine Informationen geben.

4. Änderung von Bebauungsplänen

Ein Bürger fragt nach, wie er erreichen könne, dass ein Bebauungsplan geändert wird.

Herr Mollerus antwortet, ein Einfluss auf die Änderung eines Bebauungsplans sei nur sehr bedingt möglich. Anspruch auf eine Änderung gebe es nicht.

Die südliche Freyastraße werde mittelfristig neu überplant. In dem Zusammenhang sei es möglich, bestimmte Interessen einzubinden. Einen Zeitplan könne er aber heute nicht nennen.

Nachdem keine weiteren Fragen aus dem Bereich der Bürgerinnen und Bürger kommen, schließt Herr Stadtbaurat Leuer die Bürgerfragestunde um 18:25 Uhr.

Gez.

Flamm

Protokollführer